Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 232. Dienstag, 4. Oktober 1927, abends. 80. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Zwischen Weichsel und Düna.

Litauens Ministerpräsident, Herr Woldemaras, hat nach einigen längeren Konferenzen mit dem deutschen Reichsaußenminister Berlin wieder verlassen. Wenn auch die offiziellen Stellen der Wilhelmstraße nähere Mitteilungen über den Gang dieser deutsch-litauischen Aussprache zu machen nicht in der Lage sind, so deuten doch verschiedene Anzeichen, insbesondere Auslassungen, die der litauische Präsident noch in Berlin machte, darauf hin, daß zum mindesten auf beiden Seiten der Wille vorherrschend war, durch den Versuch einer Beilegung der noch heute beträchtlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen Berlin und Kowno eine Wiederannäherung der beiden Völker in die Wege zu leiten. Diese Wiederannäherung der litauischen Politik an die des Reiches ist von Notwendigkeiten vitalster Bedeutung bedingt. Das deutsche Volk hat sich in den letzten Monaten daran gewöhnt, das Verhältnis Deutschlands zu Litauen aus dem Gesichtswinkel der nicht abzustreitenden Entnationalisierungsbestrebungen Kownos im Memelgebiet zu betrachten. Fast Tag für Tag waren die deutschen Zeitungen gezwungen, Nachrichten über Uebergriffe der litauischen Behörden im Memelgebiet zu bringen, Verwahrung einzulegen gegen die Ausweisung deutscher Lehrer und Journalisten, Protest zu erheben gegen die Eingriffe des Kownoer Kabinetts in das dem Memelland durch den Völkerbund gewährleistete Autonomierecht. Es ist daher durchaus verständlich, wenn das deutsche Volk diese unhaltbaren Zustände im Memelgebiet als das ausschlaggebendste Moment in den Beziehungen der beiden Länder ansah. Und doch ist die Annahme, daß die deutsche Politik sich nur auf die Vorkommnisse im Memelgebiet zu stützen habe, durchaus falsch. Für die deutsche Außenpolitik Litauen gegenüber gibt es noch andere Richtungszeichen, die für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands von entschieden weittragender Bedeutung sind, als die an und für sich höchst beklagenswerten und bedauerlichen Vorfälle im Memelgebiet.

Um den zwangsläufigen Gang der deutschen Politik Kowno gegenüber zu verstehen, empfiehlt es sich, sich einmal die geographische Lage Litauens auf der Landkarte zu vergegenwärtigen. Im Norden grenzt Litauen an Lettland, im Süden an Ostpreußen. Ein breiter polnischer Korridor trennt Litauen im Osten vollkommen von Rußland ab. Diese restlose Abschnürung des kleinen, kaum zwei Millionen Menschen zählenden Landes vom russischen Hinterland zwingt die litauische Wirtschaftspolitik entweder in deutsche oder in polnische Bahnen. Auf sich selbst angewiesen, wäre das wirtschaftliche Leben Litauens einer völligen Vernichtung ausgesetzt, wäre dem litauischen Staate als solchem die Lebensexistenz völlig abgeschnitten. Man hat zu beachten, daß nahezu ein Drittel des ehemaligen litauischen Gebietsbestandes sich heute unter polnischer Herrschaft befindet. Mit ihm auch die ehemalige Hauptstadt Wilna, der ehemalige Verkehrs- und Wirtschaftsmittelpunkt des Landes. Bekanntlich hatte einst der Völkerbund auf Grund der Erkenntnis seiner Sachverständigen Litauen Wilna und Grodno zugesprochen. Dem Raubzug des polnischen Generals Zeligowski nach Wilna gelang es jedoch, die Herren des Völkerbundes davon zu überzeugen, daß Polen die Macht hat, auch Völkerbundsbeschlüsse willkürlich umzustoßen. So wurde Wilna von Genf sanktioniertes Besitztum Polens. Der auch heute nahezu sieben Jahre nach der Annexion Wilnas noch nicht beigelegte offene Kriegszustand zwischen Litauen und Polen zeigt, daß die Kownoer Regierung keineswegs gesonnen ist, die Angelegenheit Wilna als erledigt anzusehen. Dieses starre Festhalten Litauens an seinem Rechtsanspruch auf Wilna zeigt, daß der offizielle Kurs Kownos darauf hinausläuft, unter allen Umständen die staatliche Selbständigkeit Litauens gewahrt zu wissen. Ist doch diese staatl. Selbständigkeit, die Lebensfähigkeit des litauischen Wirtschaftskörpers, abhängig von der Wiedereinverleibung Wilnas in die litauische Hoheitssphäre. Ein Litauen ohne Wilna ist dem Untergange geweiht. Das wissen die Polen, das weiß auch Herr Woldemaras und mit ihm alle politischen Parteien seines Landes. Dieser Zwangslage Rechnung tragend, haben sich schon des öfteren in Litauen Stimmen und auch Bewegungen bemerkbar gemacht, die alle für den Abschluß einer sehr eng gefaßten polnisch-litauischen Union eintraten, das wäre, für ein Aufgehen des litauischen Wirtschaftskörpers in dem größeren und stärkeren Polen. Die polnisch-litauischen Tendenzen hätten sich bereits im Jahre 1921 verwirklichen lassen, wenn nicht damals die nationalen Organisationen Litauens eingegriffen und das damalige litauische Kabinett zu einem Kursumschwung gezwungen hätten. Auch der letzte Putsch der nationalen Verbände und Militärs im Dezember des Vorjahres diente dem Zweck, die Selbständigkeit Litauens durch eine Beseitigung der unionfreundlich gesinnten Regierung zu erhalten. Herr Woldemaras kam damals ans Ruder. Mit ihm wieder der offizielle Kurs Kownos gegen Polen, der erneute Anspruch Litauens auf Wilna, somit auch das Weiterbestehen des offenen Kriegszustandes zwischen den beiden Ländern.

Dieser nationale Gedanke in Litauen und seine Verwirklichung sind jedoch abhängig von politischen und wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen, die vom Auslande kommen müssen. Das Ausland, das hier dem nationalen Litauen Kraft und Nahrung spenden kann, ist, geographisch vorgezeichnet, nur Deutschland. Deutschland hat es in der Hand, durch tatkräftige Unterstützung der litauischen Wirtschaft die Gefahr einer Aufsaugung Litauens durch Polen zu beseitigen. Da das Aufgehen Litauens in das polnische Machtbereich den Großmachttraum Warschaus verwirklichen würde, fernerhin die wirtschaftliche Diktatur Polens im gesamten Gebiet zwischen Düna und Weichsel befestigen würde, somit auch Ostpreußen, nahezu völlig von Polen umklammert, zu einer vollkommen isolierten Insel inmitten des polnischen Meeres würde, so dürfte es nicht schwer sein, die zwangsläufigen Aufgaben der deutschen Politik Litauen gegenüber zu erkennen. Deutschland muß zu einer Wiederannäherung an Litauen kommen, nicht Litauen zuliebe, nur um der großen Gefahr zu begegnen, die eine weitere Expansion Polens an der ostpreußischen Grenze für Deutschlands ganze Wirtschaftsstruktur mit sich bringen würde. Daß die Vorkommnisse im Memelgebiet die Möglichkeiten einer solchen Wiederannäherung erheblich belasten, ist selbstverständlich. Sie zu klären, ihre Wiederholung unmöglich zu machen, überhaupt diese einzige Reibungsfläche, die zwischen Deutschland und Litauen besteht, zu beseitigen, ist daher selbstverständlich die Vorbedingung für die günstige Entwicklung der Beziehungen Berlins zu Kowno. Herr Woldemaras hat wiederholt versichert, daß er „guten Willens" sei, die Rechte der Memelländer zu achten. Bei dieser Willenserklärung des litauischen Ministerpräsidenten ist es allerdings bisher geblieben. So bleibt uns die Hoffnung, daß es der nunmehr abgeschlossenen Aussprache in Berlin gelungen ist, in der Behandlung der Memelfrage etwas Konkretes geschaffen zu haben, auf daß nunmehr die deutsch-litauischen Handelsvertragsverhandlungen endlich ihren Anfang nehmen können.

Hindenburgs Dank an das deutsche Volk.

)(Berlin, 3. Oktober. Reichspräsident von Hindenburg läßt folgenden Erlaß bekanntgeben:

An das Deutsche Volk! Aus dem ganzen Vaterlande, von Angehörigen aller Schichten des Deutschen Volkes und von zahlreichen Deutschen jenseits unserer Grenzen, die sich mit der alten Heimat in diesen Tagen besonders verbunden fühlten, sind mir zu meinem 80. Geburtstage viele tausende Glückwünsche und Zeichen treuer Gesinnung beschert worden. Meinem Geburtstagswunsche, durch Beschaffung neuer Mittel die große Dankesschuld abtragen zu helfen, die wir alle den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen gegenüber tragen, ist durch die aus allen Kreisen unseres Volkes und von den Deutschen im Auslande bereitwilligst gegebenen Beiträge zur Hindenburg-Spende in herzerfreuender Weise Rechnung getragen worden, der schöne Ertrag dieser Sammlungen wird dazu helfen, manche Not unter den Opfern des Krieges zu lindern.

Gern würde ich allen, die sich so in Wünschen und Gaben zusammenfanden, einzeln danken, aber die große Fülle dieser Geburtstagsgrüße macht es mir unmöglich. Mir bleibt daher nur übrig, alle, die am gestrigen Tage dem Gefühl der Verbundenheit mit mir und meinem Streben für das Vaterland so gütigen Ausdruck verliehen haben, auf diesem Wege meiner herzlichsten Dankbarkeit zu versichern und ihnen zu sagen, daß mich ihr Gedenken tief gerührt und herzlich erfreut hat. Mit gleichem Empfinden habe ich die Begrüßung entgegengenommen, die mir gestern bei meiner Fahrt durch die Straßen Berlins von der Studentenschaft, den kameradschaftlichen Verbänden und den übrigen Organisationen und Vereinen sowie den vielen Tausenden meiner Mitbürger zuteil wurde. In besonderer Erinnerung werde ich die so eindrucksvolle Huldigung behalten, die mir die deutsche Jugend, der unsere Arbeit und unser Hoffen gilt, im Stadion in so herzlicher Weise darbrachte. Ihnen allen gilt mein inniger Dank!

In diesen verschiedenen Kundgebungen sehe ich nicht nur die Ehrung meiner Person, sondern das gemeinsame Bekenntnis zum Vaterland, zur Gemeinschaft des Deutschen Volkes, das trotz aller Not und Sorge des Tages hier freudigen Ausdruck fand. Das erfüllt mich mit besonderer Befriedigung und stärkt in mir die Hoffnung, daß das Streben nach Einigkeit und Zusammenschluß den Kampf der Meinungen und den Widerstreit der Interessen in unserem Volke überwinden wird. Möge ein jeder, der gestern meiner in Worten und Grüßen gedacht hat, an seiner Stelle an diesem Werke der Einigung mitarbeiten und zur Erreichung dieses großen Zieles, in dem unsere Zukunft liegt, mithelfen!

Berlin, den 3. Oktober 1927.

(gez.) von Hindenburg, Reichspräsident.

Besprechungen der Reichsregierung mit den Vertretern der Länder.

)(Berlin. Unter dem Vorsitz des Herrn Reichskanzlers fand gestern nachmittag in der Reichskanzlei eine eingehende Aussprache der Mitglieder der Reichsregierung mit den in Berlin anwesenden Staats- und Ministerpräsidenten der deutschen Länder über eine Anzahl der bedeutendsten schwebenden politischen Probleme statt. Es herrschte Uebereinstimmung darüber, die eben beginnenden Beratungen des Reichsrats über das Schulgesetz, die Besoldungsreform und das Liquidationsschädengesetz allseitig so zu fördern, daß die entsprechenden Verhandlungen des Reichstags, wie beabsichtigt, am 17. d. Mts. beginnen können.

Die weitere Beratung mit den Vertretern der Länder führte zu einer grundsätzlichen Erörterung des staatsrechtlichen Verhältnisses zwischen Reich und Ländern. Angesichts der großen und geradezu ausschlaggebenden Bedeutung dieses Problems wurde eine Sondersitzung von Vertretern der Reichs- und der Länderregierungen in Aussicht genommen; die Beratung auf dieser Sondertagung soll durch Referate und Korreferate eingeleitet werden. In der Einzelberatung standen schließlich die Besoldungsreform und das Steuerrahmengesetz im Vordergrund der Erörterungen; die eingehende Aussprache diente der gegenseitigen Orientierung über die verschiedenen Auffassungen; Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Reichsmittel für die sächsischen Unwetterschäden.

)(Berlin. Die Reichsregierung hat der Sächsischen Regierung zur Linderung der Unwetterschäden vom 8. Juli d. J. weitere 5 Millionen Reichsmark zur Verfügung gestellt.

Die deutsch-tschechischen Handelsvertragsverhandlungen.

Prag. (Funkspruch.) Wie gemeldet wird, werden die gegenwärtigen Handelsvertragsverhandlungen am Freitag unterbrochen werden, da die Mitglieder beider Delegationen sich zu einer diplomatischen Konferenz in Angelegenheit der Ein- und Ausfuhrverträge nach Genf begeben. Bei den bisherigen Prager Verhandlungen wurden wichtige Zolltarifsforderungen beider Vertragsstaaten einer Erörterung unterzogen. Die Fortsetzung der Verhandlungen ist nach Beendigung der oben erwähnten diplomatischen Konferenz in Aussicht genommen.

Das vereitelte Komplott in Madrid.

)(Madrid. Noticiero del Lunes veröffentlicht ein amtliches Communiqué, das besagt: Ministerpräsident General Primo de Rivera ist bei seiner gestrigen Ankunft in Madrid davon in Kenntnis gesetzt worden, daß die Leitung der Sicherheitspolizei tatsächlich ein revolutionäres Komplott aufgedeckt hat. Dieses Komplott hat zwar keine politische Bedeutung gehabt, hätte jedoch, wenn es durchgeführt worden wäre, sicher eine Störung der öffentlichen Ordnung hervorgerufen. Den Verschwörern, die etwa 200 Mann zählten, war es gelungen, sich reichlich mit Bomben und Explosivstoffen zu versehen, die aller Wahrscheinlichkeit nach dazu bestimmt waren, Attentate herbeizuführen und dadurch Unruhen hervorzurufen. Sämtliche Verschwörer sind festgenommen und ihr Material ist beschlagnahmt worden. Die verschiedenartige Zusammensetzung der Elemente, die an dem Komplott teilnahmen, verhinderte es, die Ziele der Verschwörer zu erkennen. Die Regierung glaubt, daß es den Führern der Bewegung nur darauf ankam, gegenüber ihren Anhängern ihre Aktivität zu beweisen. Die Sicherheitspolizei setzt die Ermittelungen fort. In ganz Spanien herrscht völlige Ruhe.

Maltzans Nachfolger.

an. Berlin. Von besonderer Seite erfahren wir, daß man sich seit der Rückkehr des Reichsaußenministers aus Genf im Auswärtigen Amt sehr eingehend mit der Frage beschäftigt, wer als Nachfolger des Freiherrn von Maltzan zum deutschen Botschafter in Washington ernannt werden soll. Auf Grund guter Informationen können wir mitteilen, daß Graf Bernstorff und die früheren Reichskanzler Dr. Cuno und Dr. Luther in die engere Wahl einbezogen worden sind.

Für Graf Bernstorff wird geltend gemacht, daß er in schwierigster Zeit die deutschen Interessen in Washington in mustergültiger Weise vertreten habe. Für ihn spricht ferner, daß seine Ernennung ohne Zweifel in weitesten Kreisen des offiziellen Amerikas lebhaft begrüßt werden würde. Dies Argument könnte allerdings auch für Reichskanzler a. D. Cuno ins Feld geführt werden, der bekanntlich über besonders gute Beziehungen zu den amerikanischen Wirtschaftskreisen verfügt. Die Nominierung von Dr. Luther entspringt wohl in erster Linie dem Wunsch, diese hervorragende Kraft so bald wie möglich wieder in den Dienst des Reiches zu stellen. Welcher von diesen Bewerbern die besten Aussichten hat, und ob nicht noch andere Herren in Vorschlag gebracht werden, kann natürlich noch nicht gesagt werden, da der Botschafterposten in Washington seiner besonderen Bedeutung wegen durch Beschluß des Reichskabinetts besetzt werden soll. Das Auswärtige Amt wird also nur entsprechende Vorschläge unterbreiten. In unterrichteten Kreisen hält man es für wahrscheinlich, daß Dr. Stresemann Dr. Luther für diesen Posten vorschlagen wird, doch kann Endgültiges noch nicht gesagt werden.

Dr. Stresemann beim Reichspräsidenten.

)(Berlin. Der Herr Reichspräsident empfing gestern den Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann zu einem eineinhalbstündigen Vortrag über die letzte Tagung des Völkerbundes und die damit zusammenhängenden Fragen.

SLUB
Wir führen Wissen.